

SPIEGEL *Titel*

Waterkantgate: „Beschaffen Sie mir eine Wanze“

An Eides Statt versichert einer der engsten Mitarbeiter des Kieler Ministerpräsidenten Uwe Barschel, der CDU-Spitzenkandidat höchstpersönlich habe den Auftrag erteilt, das angeblich „ausschweifende“ Sexualleben seines „homosexuellen“ SPD-Gegenspielers Björn

Engholm auszuspionieren, und selber einen gegen Engholm gerichteten anonymen Brief entworfen. Noch letzte Woche habe der Christdemokrat seinen Vertrauten beauftragt, eine Abhör-Wanze zu besorgen, deren Einsatz der SPD hätte angelastet werden können.

Genau eine Woche vor der Schleswig-Holstein-Wahl rief Ministerpräsident Uwe Barschel, 43, die Spitzen seiner Staatskanzlei zur Krisensitzung. Anlaß war ein Artikel im SPIEGEL vom darauffolgenden Montag.

Aus Hamburg hatte der Kieler Vize-Regierungssprecher Herwig Ahrendsen erfahren, daß das neue Heft eine „ganz dicke Nummer“ enthalte: einen Beitrag – Stichwort „Waterkantgate“ – mit der

Enthüllung, daß ein Anonymus („H. Sapiens“) illegal beschaffte Details aus Steuerakten über den SPD-Spitzenkandidaten Björn Engholm, 47, verbreitet; außerdem sei Engholm im Auftrag geheimer Hintermänner von Detektiven beschattet worden, offenbar auf der Suche nach politischen oder privaten Seitensprüngen des Sozialdemokraten.

„Wie elektrisiert“, berichtet ein Barschel-Mitarbeiter, habe der Ministerprä-

sident vor allem auf den SPIEGEL-Hinweis reagiert, „vage, teils verwischte Spuren“ deuteten auf die Drahtzieher der „dirty tricks“, die an Watergate erinnerten. Kontakt zu den Detektiven halte ein Mann, der mit dem CDU-Spitzenkandidaten eng befreundet sei: der Hamburger Arbeitgeber-Präsident und Chemie-Manager Karl Josef Ballhaus, 59, Geschäftsführer der Hans Schwarzkopf GmbH, des führenden Un-



Christdemokrat Barschel, Sozialdemokrat Engholm: „Wahlkampf in moralisch verwerflicher Weise“

ternehmens der bundesdeutschen Haar- und Körperpflegemittel-Branche.

Noch am Sonntag einigte sich die Barschel-Runde auf eine Doppelstrategie zur Schadensbegrenzung. Barschel selber meldete sich mit einer tags darauf verbreiteten persönlichen „Stellungnahme zur heutigen SPIEGEL-Ausgabe“ zu Wort: Das Nachrichtenmagazin spiele mit einer „Kombination aus Behauptungen, Vermutungen und Verdrehungen“ in „moralisch verwerflicher Weise die Rolle des SPD-Wahlkampfhelfers“. Zur



Finanz-Staatssekretär Schleifer
Anzeige vom Anonymus

Sache heißt es in dem Barschel-Papier, seltsam gewunden:

Der SPIEGEL weiß selbst genau, daß es völlig absurd wäre zu behaupten, die CDU hätte Engholm ausspioniert bis hin zum Bruch des Steuergeheimnisses. Deshalb behauptet der SPIEGEL dies auch gar nicht, sondern vertraut darauf, daß seine abwegigen Behauptungen einen abträglichen Verdacht auf die CDU lenken.

Zugleich mit der Barschel-Erklärung ließ die Landesregierung – ein Novum in der Presseszene – ein Dementi des Barschel-Freundes Ballhaus verteilen. Zur Engholm-Bespitzelung durch eine mit der Schwarzkopf GmbH kooperierende Detektei namens Harry Piel heißt es darin auf einem Firmenbogen der Schwarzkopf GmbH:

Dieser vermeintliche Vorgang ist uns unbekannt. Richtig ist, daß die Firma Piel von uns beauftragt ist, die Sicherheitsüberprüfung unserer Firmenanlage vorzunehmen. Der Versuch des SPIEGEL, zwischen diesem routinemäßigen Auftrag und der Sache Engholm einen Zusammenhang zu suggerieren, entbehrt jeder Grundlage.

Daß die „Sache Engholm“, die Bespitzelung und Verleumdung des SPD-Spitzenkandidaten, sich tatsächlich zugetragen hatte, konnten freilich weder Barschel noch Ballhaus dementieren. Die Kieler Staatssekretäre Hans-Joachim Knack (Inneres) und Carl-Hermann Schleifer (Finanzen), die am Montag in einer eilends angesetzten Pressekonferenz in Sachen SPIEGEL anderthalb

DEUTSCHLAND

„Waterkantgate“: Spitzel gegen den Spitzenmann

An „dirty tricks“ im Kampf um die US-Präsidentenschaft erinnern mysteriöse Vorkommnisse vor der Schleswig-Holstein-Wahl: Ein Anonymus verbreitet Details aus illegal beschafften Steuer-Akten über den SPD-Spitzen-

mann Engholm. Mitarbeiter eines Detektivbüros beschatteten den populären Sozialdemokraten im Auftrag geheimer Hintermänner – offenbar auf der Suche nach politischen oder privaten Seitenstrichen Engholms.

Der weiße Wagen, den niemand zuvor in der Straße gesehen hatte, parkte direkt vor der Wohnung des schleswig-holsteinischen SPD-Spitzenkandidaten Björn Engholm im Lööbeker Stadtteil Marii. Die beiden Insassen verhielten sich auffällig unauffällig.

Hin und wieder nur, so beobachteten Nachbarn, hantierte einer der Fremden an einem Photoapparat. Zumeist saßen die beiden scheinbar untätig in ihrem Wagen.

Bei einem Engholm-Mitarbeiter im Fraktionsbüro der Landes-SPD meldete sich, um die gleiche Zeit, fermündlich eine Kieler Sicherheitsbeamtin. Engholms Fahrer möge darauf achten, so der dringliche Telefon-Tip, „ob immer jemand hinter ihm herfährt“.

Beamte der Schutzpolizei registrierten, ebenfalls zum Wahlkampf-Beginn im Frühjahr, eher zufällig

zeichen M-ZR 6184, wartete sein Begleiter.

Ob es der Fahrzeugtyp war – BMW galt Fahrdern jahrelang als „Bander-Meinhof-Wagen“ – oder das merkwürdige Verhalten der Insassen, die Polizei ließ die Personalien der Observanten überprüfen. Resultat: Nicht, wie befürchtet, Terroristen aus dem linken

oder rechten Spektrum lagen auf der Lauer, sondern zwei Privatdetektive namens Manfred Kuffel-Neubert und Klaus Maier, die, sonderbar, eigens aus Bremerhaven mit einem in Lübeck gemieteten Wagen angereist waren.

Zweite Merkwürdigkeit: Obwohl Polizeibehörden mehrerer Bundesländer wegen des „Verdachts der Ausspähung“



SPIEGEL-Aufmacher vom 7. September (Ausriß): „CDU verurteilt Überwachung“



Innen-Staatssekretär Knack
Detektiv-Einsatz bestätigt

Stunden lang Rede und Antwort standen, mußten vielmehr einräumen, daß

▷ ein unbekannter Absender, der sich als „Ein besorgter Steuerzahler“ ausgab, am 26. Januar Strafanzeige wegen Steuerhinterziehung gegen Engholm erstattet hatte – mit detailliert dargelegten Vorwürfen, die sich allerdings wenig später als „haltlos“ (Schleifer) erwiesen, und daß

▷ der Polizei am 10. Februar zwei Detektive aufgefallen waren, die Engholm beobachteten und auf Befragen über ihren Auftraggeber „keine Auskunft“ (Knack) geben wollten.

Bestätigen mußten Barschels Staatssekretäre auch, daß Oppositionsführer Engholm monatelang weder über den Inhalt des anonymen Briefes noch über den Einsatz von Detektiven unterrichtet worden war. Das eine entspreche, behauptete Schleifer, der „Verwaltungspraxis“ der Finanzbehörden; das andere

sei auch nicht ungewöhnlich, weil, so Knack, „weder Verdachtsmomente für eine strafbare Handlung noch für eine persönliche Gefährdung Engholms vorlagen“.

Den Verdacht, in Wahrheit sei Engholm das Opfer einer politischen Verschwörung und von der Barschel-Regierung über den Detektiv-Einsatz nur deshalb nicht informiert worden, weil CDU-Spitzenleute selber tief in die Affäre verwickelt seien, versuchte der Ministerpräsident am Montag mit einem Machtwort zu zerstreuen. Barschel vor der Presse: „Sollte es zutreffen, daß Herr Engholm – wie auch immer – ‚überwacht‘ worden ist, so verurteilt die CDU dies entschieden.“

Als Barschel diese starken Worte fand, war für ihn offenbar unvorstellbar, daß ihn zwei Tage später ausgerechnet einer seiner engsten Vertrauten in der Staatskanzlei schwer belasten würde. Am Mittwoch letzter Woche gab der Barschel-Berater Reiner Pfeiffer, 48, vor einem Hamburger Notar an Eides Statt zu Protokoll:

▷ Barschel persönlich habe ihn im Januar beauftragt, Engholms Steuererklärungen überprüfen zu lassen; etwa eine Woche später habe der Ministerpräsident selber ihm in seinem Amtszimmer den „Textentwurf für eine anonyme Anzeige“ gegen den SPD-Spitzenkandidaten diktiert;

▷ Barschel persönlich habe Ende Januar angeordnet, Engholm zu überwachen; es gelte, den Verdacht zu erhärten, daß der Sozialdemokrat „homosexuell“ sei, zugleich aber auch ein „ausschweifendes Leben mit dem weiblichen Geschlecht“ führe.

Kein Zweifel: So massiv wie Barschel ist nie zuvor ein bundesdeutscher Politiker von einem Mitarbeiter aus seiner engsten Umgebung belastet worden. Allerdings: Wenn sämtliche Pfeiffer-Vor-

würfe zutreffen, hat kein anderer Ministerpräsident je seine politische Macht und seine dienstlichen Möglichkeiten so raffiniert und so ungeniert eingesetzt, um einen populären Konkurrenten vor einer Wahl persönlich zu diffamieren und das Wahlvolk zu manipulieren.

Die Pfeiffer-Aussagen, dokumentiert auf 22 DIN-A4-Seiten, wiegen schwer. Der Erklärung, die dem SPIEGEL vorliegt, sind interne Papiere aus der Kieler Staatskanzlei über Engholms finanzielle Situation beigefügt, vor allem aber laut Pfeiffer von Barschel diktierte handschriftliche Briefentwürfe und eine von Barschel per Hand verfaßte Notiz über Engholms Einkünfte.

Die Vorwürfe treffen einen Politiker, der in den letzten anderthalb Jahrzehnten eine Blitzkarriere ohne Beispiel hinter sich gebracht hat: Schon mit 25 Jahren war er stellvertretender CDU-Landesvorsitzender, mit 29 führte er die Unionsfraktion im Kieler Landtag, mit 35 wurde er zum ersten Mal Minister im Kabinett Stoltenberg, im Finanzressort.

Kurz darauf wechselte der Doppel-Doktor Barschel – Parteisport: „Baby Doc Doc“ – ins Kieler Innenministerium, wo er sich gern mit Pazifisten und Anti-Brokdorf-Demonstranten anlegte. Im Oktober 1982, als Stoltenberg in Bonn Finanzminister wurde, erreichte der politische Senkrechtstarter sein nächstes Ziel: Ministerpräsident an der Waterkant.

„Wie vom Blitz getroffen“, sinnierte Pfeiffer letzte Woche, werde Barschel reagieren, wenn er von der Aussage seines Beraters erfahre. Denn bis zum letzten Augenblick war sich der Mitarbeiter des „vollen Vertrauens“ seines Chefs sicher.

Offiziell fungiert Pfeiffer in seinem Amtszimmer in der Kieler Staatskanzlei, keine fünfzig Meter entfernt vom Barschel-Trakt, als Pressereferent, zuständig für „Medienbeobachtung“. Vor allem im Wahlkampf sah er sich betraut „mit der besonderen Aufgabe der psychologisch-publizistischen Beratung“ des Ministerpräsidenten.

Pfeiffer verfaßte für Barschel unter anderem einen „35-Punkte-Katalog“ mit Public-Relations-Tips („Mehr

Hände schütteln, mehr lächeln“), kümmerte sich um die CDU-Wahlkampfezeitung und erörterte, wie er erzählt, „zum Teil mehrmals wöchentlich“ mit Barschel Strategiefragen, so am 1. Mai etwa acht Stunden lang im Möllner Privatdomizil des Ministerpräsidenten.

Als Wahlkampf- und Strategieexperte hatte sich Pfeiffer zuvor acht Jahre lang in Bremen bewährt, als Chefredakteur und Politikchef der CDU-nahen Wochenzeitung „Weser-Report“. Durch „präzise Hintergrundrecherchen“ empfahl sich Pfeiffer Ende letzten Jahres den Kieler Christdemokraten; so habe er beispielsweise 1979 dazu beigetragen, daß der damalige SPD-Bausenator Stefan Seifritz „wegen seiner NS-Vergangenheit“ zurücktreten mußte.

Aufgrund seines Bremer Rufs und seiner publizistischen Erfahrung wurde der konservative Journalist von Barschel vor allem dann gerufen, wenn es um besonders heikle Aufträge ging: „Für

Untergrundgeschichten“, sagt Pfeiffer, „war ich Barschels einziger Mann.“

Barschel, um Diskretion bemüht, habe stets Wert darauf gelegt, „solche Dinge nie am Telephon zu besprechen“: „Man mußte immer zu ihm ins Amtszimmer kommen.“ Sekretärinnen seien bei solchen Anlässen regelmäßig hinausgeschickt worden. Pfeiffer selber habe dann, sagt er, Barschel-Diktate in Langschrift aufnehmen müssen; bisweilen habe auch der Ministerpräsident besonders vertrauliche Notizen niedergelegt – so Mitte Januar, als es um die Planung der Steuer-Kampagne gegen Engholm gegangen sei.

Pfeiffer schreibt dazu in seiner notariell beurkundeten Erklärung, abgegeben „in Kenntnis der Strafbarkeit der Abgabe falscher Eidesstattlicher Versicherungen“:

Mitte Januar 1987 erhielt ich vom Ministerpräsidenten Uwe Barschel persönlich den Auftrag, gegen Herrn Engholm wegen ihm aus sicherer Quelle bekannter begangener Steuerhinterziehungen zu ermitteln. Er überreichte mir persönlich in seinem Dienstzimmer eine handschriftliche Notiz, die er in meiner Anwesenheit fertigte. Sie enthält eine Aufstellung mit einem Vergleich der monatlichen Bezüge des Ministerpräsidenten selbst, der Minister des Kabinetts sowie die von Herrn Engholm. Die Bezüge aus der Tätigkeit Engholms im Landtag ließ er offen; er teilte mir später mit, daß diese Bezüge DM 8.900,- mtl. zusätzlich für das Amt des Fraktionsvorsitzenden betrügen.

Weiterhin beauftragte mich Uwe Barschel, die Steuererklärungen von Björn Engholm vom 1. April 1983 bis einschließlich Januar 1987 überprüfen zu lassen. Er benannte mir zu diesem Zwecke einen Finanzfachmann innerhalb der Staatskanzlei, der dann entsprechende Aufstellungen der Gehalts- und Sonderzahlungen an Engholm vornehmen sollte. Der Finanzfachmann der Staatskanzlei erstellte einen Vermerk.

Nachdem nun diese Ergebnisse über die verschiedenen Bezüge Engholms vorlagen, hat er mir etwa eine Woche später in seinem Amtszimmer den Textentwurf für eine anonyme Anzeige gegen Engholm bei der Steuerfahndungsstelle des Finanzamtes Lübeck sowie Schreiben an den Finanzminister und ihn selber diktiert.

Darüber hinaus ordnete Barschel an, diese Anzeige an den Finanzminister Roger Asmussen und ihn selber zu schicken. Er begründete die Kopie-Absendungen damit, daß er „dann besser in der Sache nachhaken könne“.

So unfaßbar es scheint, daß der Regierungschef eines deutschen Bundeslandes ei-



Barschel-Berater Pfeiffer: „Volles Vertrauen“

Bruttogehalt	14.305,25	Netto	13.103,34	E. D. 2	5.500
Steuerschuld	983,72		983,72	W. P.	1.000
Bezugsbeitrag	1.300		1000,-	P. P.	1.200
Brutt. Z.	2.700		2700	glt. LT	
Brutt. befristet	1.350		1350		

Foto nicht erhalten

Pfeiffer-Beweisstück*: „Persönlich überreicht“

* Nach Pfeiffers Angaben von Barschel eigenhändig gefertigte und ihm übergebene Aufstellung über die Bezüge des Ministerpräsidenten (l.), der Kieler Minister (M.) und des Oppositionsführers Engholm (r.).

„Schauma Kamille“ und „Moskauer Schule“

Wie die Chemie-Lobby und der CDU-Politiker Barschel gegen das TV-Magazin „Monitor“ vorgingen

Im Januar übermittelte Kiels Ministerpräsident Uwe Barschel seinem Referenten Reiner Pfeiffer, wie der sich erinnert, einen dringlichen Wunsch von Karl Josef Ballhaus, Geschäftsführer des Kosmetik-Konzerns Schwarzkopf: Wenn Pfeiffer mit Detekteien über eine Beschattung Björn Engholms verhandele, möge er doch bei dieser Gelegenheit gleich auch die „Auskundschaftung“ des ARD-Journalisten Klaus Bednarz in Auftrag geben.

Daß ein Haarwaschmittel-Konzern mit Hilfe eines Ministerpräsidenten Detektive auf einen TV-Redakteur hetzt – dieser von Pfeiffer bezeugte Vorgang wirkt nur auf den ersten Blick absonderlich. Der Fall illustriert beispielhaft das Zusammenspiel zwischen der westdeutschen Chemie-Lobby, in der Barschel-Freund Ballhaus als Vorstandsmitglied des Arbeitgeberverbandes der Branche wirkt, und dem CDU-Kabinett des Ballhaus-Freundes Barschel.

Bednarz, 45, die Zielperson der laut Pfeiffer gewünschten Ausspähung, hat sich in den letzten Jahren mit zahlreichen „Monitor“-Sendungen über Umweltgifte und gesundheitsschädliche Substanzen im Haushalt die Feindschaft der chemischen Industrie zugezogen. Die Branche schäumte, als das TV-Magazin beispielsweise im September vorigen Jahres über krebserzeugendes Dioxan in Schaumbädern und Haarshampoos berichtete.

Der Verband wiegelte sogleich ab, es handle sich lediglich „um zur Zeit unvermeidbare und gesundheitlich unbedenkliche Spuren, die bei der Herstellung bestimmter – besonders hautverträglicher – Grundstoffe entstehen“. Doch vieles spricht gegen diese Darstellung.

Eine von der Firma Elida Gibbs („Timotei“) angestrenzte Klage gegen „Monitor“ wurde rasch wieder zurückgezogen. Und ohne viel Aufhebens haben die Shampoo-Hersteller das Dioxan inzwischen weitgehend aus ihren Schaumstoffen entfernt.

Eine nach der „Monitor“-Sendung durch den damaligen hessischen Sozialminister Armin Clauss (SPD) veranlaßte Untersuchung bestätigte die Gefährlichkeit dioxanhaltiger Kosmetika. Clauss forderte deshalb vom Bundesgesundheitsministerium ein Verbot des „eindeutig als krebserregend“ erkannten Dioxan.

Unter den zwanzig Haarwaschmitteln, die im „Monitor“-Auftrag analysiert worden waren, wies ein Schwarzkopf-Produkt („Schauma Kamille“) die zweithöchste Dioxan-Konzentration auf: 290 parts per million. In Fernschreiben „an



Ausgeforschter TV-Moderator Bednarz: Die „Shampoo Connection“ schäumte

unsere wichtigsten Kunden“ – unterschrieben von „Hans P. Schwarzkopf“ und „Dr. K. J. Ballhaus“ – zog die Schwarzkopf-Geschäftsführung über die Magazin-Macher her: „Diese Sendung paßt in das System gewisser, seit einiger Zeit zu beobachtender Aktionen, die in eine bestimmte politische Richtung zielen.“

Die Schwarzkopf-Chefs kündigten Gegenwehr an, bei der sie ungeniert ihre

politischen Beziehungen spielen ließen – vor allem zu Barschel, der dem Haus Schwarzkopf jahrelange Protektion zu verdanken hat. „Durch die Einschaltung des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Herrn Dr. Uwe Barschel“, brüsteten sich die Schwarzkopf-Manager in ihrem Kunden-Telex, habe die Bonner Gesundheitsministerin Rita Süsmuth mit dem Bundesgesundheitsamt vereinbart, daß „dieses noch heute ein Fernschreiben an die Ländergesundheitsministerien und die im wesentlichen betroffenen Firmen schicken wird“.

Auch den Inhalt des Bonner Persilscheins kannten die Schwarzkopf-Manager schon, offenbar dank ihres guten Drahts nach Kiel: „In diesem Fernschreiben wird das Bundesgesundheitsamt bestätigen, daß Shampoos und Badeszusätze mit einer Konzentration von Dioxan unter 500 ppm gesundheitlich unbedenklich sind.“

Nebenbei versuchten die „Schauma“-Produzenten auch den „Monitor“-Kronzeugen, den Kieler Toxikologen Professor Otmar Wassermann, zu diskreditieren. Der Wissenschaftler, „der als die große Autorität in der Sendung herausgestellt wurde“, sei „ein Außenseiter“, verbreiteten sie. Und: Wassermann sei „vor zwei Jahren als Leiter der Toxikologischen Untersuchungsstelle des Landes Schleswig-Holstein des Amtes enthoben worden“.



Umstrittenes Schwarzkopf-Produkt „Bestimmte politische Richtung“

In Wahrheit hat der Universitätsprofessor in der Wissenschaft und bei Umweltverbänden einen guten Namen. Und die Entlassung aus dem Nebenamt als Untersuchungsstellen-Leiter muß Wassermann eher als ehrenvoll empfinden – die betont chemiefreundliche Barschel-Regierung hat ihn gefeuert, weil er ihr zu unbequem geworden war (SPIEGEL 3/1984).

Während seiner dreieinhalbjährigen Tätigkeit hatte Wassermann immer wieder Mißstände angeprangert. Zuletzt wies er nach, daß Schadstoffe aus der verdreckten Elbe über die Fische „in erheblichem Umfang“ ins menschliche Blut gelangen, darunter das Insektenvernichtungsmittel „Lindan“ und die Chlorkohlenwasserstoffverbindung Octachlorstyrol, ein Abfallprodukt der chemischen Industrie.

Hand in Hand mit der Großchemie versucht die Union seit Jahren, auch den „Monitor“-Moderator abzuschließen. Weil dem kritischen Journalisten kaum handwerkliche Fehler nachzuweisen sind, greifen seine Widersacher zu Polemik und Verdächtigungen.

Wenn beispielsweise SPD und Grüne parlamentarische Anfragen auf „Monitor“-Recherchen stützen oder die alternative „Tageszeitung“ zeitgleich mit dem TV-Magazin dessen Analyse-Ergebnisse veröffentlicht, sieht der „Deutschland-Union-Dienst“ der CDU/CSU schon den Beweis erbracht, daß „die Monitor-Connection der Vereinigten Linken funktioniert“.

Insinuiert werden auch andere verschwörerische Verbindungen. Frühere berufliche Stationen als ARD-Korrespondent in Warschau (1971 bis 1977) und Moskau (1977 bis 1982) müssen herhalten, um Verdacht gegen Bednarz zu streuen. Man erkenne eben die „Moskauer Schule“, meinte anzüglich der CSU-„Bayernkurier“.

Eine „Monitor“-Sendung über die von Bonn verharmloste Chemikalie Formaldehyd war für den stellvertretenden CDU-Sprecher Walter Brückmann ein „Agitprop-Streifen mit Adlershof-Qualität“ – soll heißen, der Beitrag hätte auch gleich vom DDR-Fernsehen, Sitz Berlin-Adlershof, gedreht werden können.

Den Beschattungswunsch in Sachen Bednarz habe Barschel, wie sein Referent Pfeiffer bezeugt, mit der früheren Osteuropa-Korrespondententätigkeit des ARD-Journalisten begründet: Vielleicht gebe Bednarz' Vergangenheit was her, „was kommunistische Zusammenarbeit angehe“.

Die Schnüffel-Aktion erwies sich für die schleswig-holsteinische Shampoo-Connection Barschel/Ballhaus als Fehlschlag: Die von Schwarzkopf bezahlten Detektive seien, erfuhr Pfeiffer nach etlichen Wochen, „in Sachen Bednarz nicht fündig“ geworden.

zu diesem Zeitpunkt spukte in den Köpfen von CDU-Strategen offenbar die Frage, ob sich die Wirkung von Presseberichten über die Engholm-Affäre nicht durch irgendeine Gegen-Enthüllung zum Nachteil der SPD neutralisieren lasse.

Die Meldung über die angebliche Observierung der CDU-Geschäftsstelle hatte diesen Effekt jedenfalls nicht erzielt; der Fall versickerte, kaum beachtet, in den Lokalspalten der Provinzpresse.

Pfeiffers Eidesstattliche Erklärung läßt die Schlußfolgerung zu, daß sich zu diesem Zeitpunkt auch Barschel einschlägige Gedanken machte. Jedenfalls meldete sich der Ministerpräsident – der gern mal „einen guten Krimi“ liest, weil „das weiterbildet und das Denkvermö-

der, „dann sähe Herr Engholm ja wohl schlecht aus“.

Pfeiffer versprach Barschel nach seiner eigenen Darstellung, „noch einmal nachzuforschen“: „Ich habe dann aber nichts mehr unternommen.“

Zu diesem Zeitpunkt will Pfeiffer zu seinem Dienstherrn innerlich bereits auf Distanz gegangen sein. Schon in den Wochen zuvor, nach Barschels Flugzeugabsturz, hatte ihn nach eigenem Bekunden „angewidert“, wie der Ministerpräsident „Public Relations mit seinem Schicksal“ machen und die Tragödie (drei Tote) in eine Mitleidskampagne für sich selber habe ummünzen wollen.

Bei der Wanzen-Beschaffung mochte Pfeiffer – ein „früherer Franziskaner-Schüler“, der „mal Pfarrer werden“



Veranstaltetes Barschel-Plakat: „Mund halten und nicht nervös werden“

gen schult“ – bei seinem Referenten nach dessen Darstellung mit einer höchst merkwürdigen Bitte:

Am Dienstagmorgen rief mich der Ministerpräsident um 8.30 Uhr in meiner Wohnung an und bat mich, zunächst ohne Begründung, ihm eine sogenannte „Wanze“ oder ein anderes Abhörgerät zu beschaffen. Ich versprach, mein Bestes zu tun.

Am Nachmittag rief er mich dann in meinem Dienstraum an und fragte, ob ich bei der Suche Erfolg gehabt habe. Ich mußte dies bedauern. Daraufhin erklärte er mir, daß ich es noch einmal versuchen sollte.

In diesem zweiten Gespräch verriet Barschel laut Pfeiffer, warum er die Wanze so dringend brauche: Am nächsten Tag, morgens um 9 Uhr, finde „eine von ihm veranlaßte Überprüfung seiner Telephonanlage“ im Dienstzimmer des Ministerpräsidenten statt. Wenn die Sicherheitsbeamten dann eine Wanze fänden, gibt Pfeiffer Barschels Worte wie-

wollte – nicht mehr mitspielen. Die Abhör-Intrige widersprach „dem Fairneß-Empfinden“ des Konservativen, der in seiner Freizeit ehrenamtlich die Leichtathletik-Abteilung eines Sportvereins leitet.

Wie vereinbart habe Barschel ihn, berichtet Pfeiffer, am Dienstagabend gegen 20 Uhr in Sachen Wanze noch einmal zu Hause angerufen. Der Ministerpräsident „fragte kurz, ob ich diesmal Erfolg gehabt hätte. Ich sagte nur: ‚Leider nein‘. Darauf er: ‚Schade, das wäre ja ein nettes Aperçu gewesen. Aber wir werden es wohl auch so schaffen“.

Am nächsten Morgen hinterließ Referent Pfeiffer in der Kieler Staatskanzlei die Mitteilung, er habe tagsüber „in Sachen MP“ dringend in Hamburg zu tun – MP gleich Ministerpräsident.

In Hamburg gab Pfeiffer beim Notar die Affäre Barschel zu Protokoll. ◆